

Jan Gerber

Der linke Dresden-Schwindel

In: *Phase2* 23/2007

In den Jahren nach 1989 musste man nicht der KB-Minderheit angehören, um vor einer Entwicklung hin zu einem »Vierten Reich« zu warnen. Angesichts brennender Asylbewerberheime, applaudierender Schnauzbarträger und untätig-affirmativer Polizisten sahen sich auch konservative Beobachter in Frankreich, Großbritannien und den USA an die Jahre um 1933 erinnert. Diejenigen, die die Erinnerung an die deutschen Verbrechen wach halten wollten, stießen auf Abwehr, Aggression und Leugnung. Statt über Auschwitz, Leningrad und Lidice wollten die Deutschen über die »Vertreibung« der Sudetendeutschen, über den alliierten Luftangriff auf Hamburg und vor allem: über Dresden sprechen. Als sich die Bombardierung der sächsischen Metropole 1995 zum 50. Mal jährte, wurde der Jahrestag, wie in der *Konkret* erklärt wurde, »zur Schaffung eines Nationalmythos genutzt, mit dem die Deutschen Auschwitz vergessen machen wollen«. Dresden wurde als Mahnmal für die Verbrechen der Alliierten präsentiert; die Dresdner Musikfestspiele fanden unter dem Titel »Apokalypse« statt; der Intendant der Festspiele behauptete, dass die Bombardierung Dresdens »wie kein zweites« Ereignis zum Symbol »des Grauens und des Leidens wurde«; und bei der zentralen Gedenkveranstaltung klärte Bundespräsident Herzog den Bischof von Coventry, den amerikanischen Botschafter und den Herzog von Kent über die »Unmenschlichkeit des Bombenkrieges« auf.

Die Forderungen nach Versöhnung, die am Rande der offiziellen Gedenkveranstaltungen gelegentlich erhoben wurden, stießen insbesondere bei der Dresdner Bevölkerung auf wenig Begeisterung. So konnte es am 13. Februar, dem Tag des Luftangriffs, bis weit über den 50. Jahrestag der Bombardierung hinaus gefährlich sein, mit einem *union jack* durch die Straßen der Stadt zu laufen; in der Lokalpresse wurde in Goebbels-Manier vom »alliierten Bombenterror« gesprochen; und bei Stadtrundgängen wurde weiterhin der *great Dresden swindle* (Gunnar Schubert) von der militärisch bedeutungslosen Stadt, Tieffliegern über den Elbwiesen und 300.000 Toten betrieben. Nachdem Neonazis 1998 erstmals einen Aufmarsch am 13. Februar durchführten, der sich inzwischen zu einem der größten Events der rechten Szene entwickelt hat, entschied sich das offizielle Dresden, ihnen mit einer Mischung aus Unterstützung und Ignoranz zu begegnen. Noch 2003 wurde, wie Martin Blumentritt vor einigen Jahren erklärte, »die Zusammenarbeit der Stadtverwaltung [...] mit den Neonazis verbessert, indem im Innenstadt-Bereich außer der offiziellen Gedenkfeier nur die Neonazidemo »Gegen das Vergessen« erlaubt wurde, während alle anderen Veranstaltungen, u.a. solche mit Beiträgen der Überlebenden des Naziterrors, verboten wurden«.

Times are changing ...

Diese Zeit der klassischen Schuldabwehr und des offenen Schulterschlusses mit Neonazis ist vorbei. Zwar existieren im Osten nach wie vor *no go areas* für Juden, Schwarze und Bewohner

des jeweiligen Nachbardorfes. Anders als in den neunziger Jahren gibt es außerhalb der ostdeutschen Ödnis allerdings kaum noch jemanden, der für die Menschenjagden der Ureinwohner oder akzeptierende Sozialarbeit mit Neonazis Verständnis aufbringt. [1] Was früher nur in Flugblättern der Antifa zu lesen war, steht heute dementsprechend in der FAZ; eine Umfrage des Berliner *Archivs der Jugendkulturen* ergab kürzlich, dass Neonazis auch bei ostdeutschen Jugendlichen ganz oben auf der Anti-Beliebtheitsskala stehen; und selbst wenn sich Nazis über eine Kooperation von Staat und Antifa beschweren, fällt es schwer, diese Aussagen zurückzuweisen. So ist es mehr als ein offenes Geheimnis, dass der »Aufstand der Anständigen« dutzende Antifa-Aktivistinnen mit Sozialpädagogik-Diplom vor der Arbeitslosigkeit bewahrte; die meisten Mitarbeiter der diversen *Civitas*-Projekte dürften in einer der einschlägigen Antifa-Gruppen gelernt haben, wie man Pressemitteilungen schreibt, Bündnispolitik betreibt und Rauchverbote bei Arbeitsbesprechungen durchsetzt.

Auch das Bekenntnis zur deutschen Schuld, das in den neunziger Jahren immer wieder von Seiten kritischer Antifaschisten eingefordert wurde, ist in der Berliner Republik *mainstream*, das heißt: staatstragend, geworden. Um mit Jürgen Elsässer aus seinen besseren Tagen zu sprechen: »So viel Auschwitz war nie.« Während die Konservativen, die 1982 die »geistig-moralische Wende« verkündeten, noch glaubten, dass sich aus der Vergangenheit, wie sie tatsächlich war, auch beim besten Willen kein nationales Selbstbewusstsein ableiten lässt – gerade aus diesem Grund griffen sie zum Mittel der Relativierung –, begreifen die Vertreter der neuen deutschen Erinnerungskultur Auschwitz als eine der zentralen Quellen deutschen Nationalbewusstseins. Auschwitz, so erklärte Joschka Fischer in einem Gespräch mit Bernard-Henri Lévi, sei für die Berliner Republik so identitätsstiftend wie der Unabhängigkeitskrieg für die Amerikaner und die Revolution von 1789 für die Franzosen. Wollten die Konservativen um Helmut Kohl nicht mehr über Auschwitz sprechen, können die Repräsentanten des neuen Deutschlands gar nicht mehr damit aufhören. Die Klezmer-Offensive, die alternativen Geschichtswerkstätten und die Sozialkundestunden, durch die die wenigen Überlebenden des Holocaust gekarrt werden, kurz: die Hingabe und die Begeisterung, mit denen die Landsleute nun nicht mehr lebende Juden, sondern die Lebensgeschichte der Deportierten verfolgen, sind zur zentralen Legitimationsgrundlage der deutschen Politik geworden. »Aus dem Bekenntnis zur eigenen Scham«, so Hermann Gremliza, »soll den Deutschen das Recht erwachsen, an anderen moralisch Maß zu nehmen.«

... auch in Dresden

Vor diesem Hintergrund veränderte sich auch der offizielle Umgang mit der Bombardierung Dresdens. Schon im Jahr 2000 widerlegte der Historiker Helmut Schnatz nach einer Auseinandersetzung mit den einschlägigen Quellen, Wetterberichten und Naturgesetzen die Legende von Tieffliegern über Dresden und stieß damit in der überregionalen Presse auf große Resonanz. Gerhard Schröder erklärte 2005 in Hinblick auf den 13. Februar, dass »wir« nicht zulassen dürften, »dass Ursache und Wirkung verkehrt werden«. Und auch der TV-Mehrteiler »Dresden« von 2006 brach trotz Herzscherz, Kitsch und Finale in der Frauenkirche mit weiten Teilen der bisherigen Dresden-Ikonografie: Alliierte Bomberpiloten wurden nicht mehr

als Bestien, sondern als liebenswerte, zwischen Pflichterfüllung und Gewissen zerrissene Menschen dargestellt, es wurde gezeigt, dass Dresdner Juden während des Luftangriffs fliehen konnten usw.

Auch Dresden selbst, das lange Zeit ein *no go area* der neuen deutschen Erinnerungskultur war, ist inzwischen im neuen Deutschland angekommen. Diese Entwicklung zeichnete sich bereits vor einigen Jahren ab: Als eine Dresdner Antifa-Gruppe am 13. Februar 2000 kritisch in das Gedenken intervenieren wollte und an den Zugängen zur Frauenkirche Leinwände aufbaute, auf denen ein Film über Auschwitz gezeigt wurde, blieb der erhoffte Effekt aus. Bereits diese Aktion, die in eine Zeit fiel, als die Erinnerung neuen Typs in Dresden noch keine ernsthafte Konkurrenz zum Gedenken alter Schule darzustellen schien, wurde von den Passanten weniger als Provokation, sondern vor allem als Bereicherung des Gedenkereignisses »13. Februar« wahrgenommen. Vier Jahre später verfassten Dresdner Bürger schließlich ein Manifest mit dem Titel »Ein Rahmen für das Erinnern«. Dieser Text, der weit über Dresden hinaus auf Beachtung stieß, ist ein repräsentatives Dokument der neuen deutschen Erinnerungskultur. So widersprechen die Autoren nicht nur der Legende von der unschuldigen Kulturstadt Dresden: »Wir erinnern an den Anteil, den Menschen und Einrichtungen in Dresden an Kriegsführung, nationalsozialistischer Unterdrückung und deren Verbrechen – etwa an den jüdischen Bürgern der Stadt – hatten.« Sie verweisen zugleich auf den Kontext der Luftangriffe, sprechen von der »Vorgeschichte dieser Ereignisse«, der »nationalsozialistischen Gewaltherrschaft« und den »Verbrechen des von Deutschland ausgehenden Krieges«. Der Aufruf wurde innerhalb kürzester Zeit von weiten Teilen der Dresdner Prominenz (dem Oberbürgermeister, Repräsentanten der Theater, Kirchen, Unternehmen, Stiftungen, Gewerkschaften, Parteien, Hochschulen usw.) unterzeichnet; Mitarbeiter des Oberbürgermeisters kümmerten sich um die weitere Verbreitung.

In Folge dieser Diskussionen verschwanden der klassische Revanchismus und die Aufrechnungswut vergangener Tage in den letzten Jahren weitgehend aus der Dresdner Presse. Einzelne Redakteure, Lokalpolitiker und insbesondere die Leserbriefschreiber können sich zwar noch nicht vollständig von ihren lieb gewordenen Gewohnheiten verabschieden. Wer die Dresden-Lügen jedoch in Reinform erleben, einen Eindruck von der Presseberichterstattung der neunziger Jahre gewinnen und alliierte Bomberpiloten als »Luftgangster« denunziert sehen will, ist entweder auf die Heftchen der Neonazis verwiesen. Oder er muss sich die Lokalausgaben der vier großen sächsischen Zeitungen besorgen, die in Regionen erstellt werden, die sich gar nicht erst um den Aufbruch ins neue Deutschland bemühen – in Regionen wie der Sächsischen Schweiz, dem Muldental oder dem Erzgebirge also, wo Neonazis noch immer als »unsere Jungs« begriffen werden, PDS-Bürgermeister Ehrenmitglied der regionalen Kameradschaft werden können und für Ausländer selbst der Besuch der örtlichen Konditorei lebensgefährlich sein kann. Diesem erinnerungspolitischen Stadt-Land-Gefälle trägt in gewisser Weise auch Gunnar Schubert in seinem verdienstvollen Dresden-Buch *Die kollektive Unschuld* Rechnung. Um die öffentliche Zustimmung zu den Erinnerungsritualen der Neonazis aufzuzeigen, verweist er für die jüngere Zeit nicht mehr auf

die Dresdner Presse; er muss vielmehr das *Hoyerswerdaer Tagblatt*, eine Regionalbeilage der *Sächsischen Zeitung*, bemühen.

Der neue 13. Februar

Für Dresden selbst gab spätestens der 2004 verfasste »Rahmen für das Erinnern« einen neuen Umgang mit dem Gedenken der Neonazis vor. Zwar kommt das Manifest nicht ohne den obligatorischen Verweis auf die »Verhöhnung der Opfer« durch antideutsche Gruppen aus. Sein Telos ist allerdings die Abgrenzung zu den Neonazis: »Wir wehren uns gegen Revanchismus, Völkerverhetzung und Gewaltpropaganda«, gegen »demokratiefeindliche und menschenverachtende Ideologien«, gegen »den Missbrauch der Erinnerung zur Verharmlosung von Verbrechen der nationalsozialistischen deutschen Gesellschaft zwischen 1933 und 1945« usw.

Gerade diese Abgrenzung zu den Neonazis ist mittlerweile zu einem der wichtigsten Symbole des neuen 13. Februars geworden. Wurde der Neonaziaufmarsch lange Zeit aus gutem Grund ignoriert – eine kritische Auseinandersetzung mit ihm hätte gezeigt, dass das offizielle Gedenken kaum von den Ritualen der Neonazis zu unterscheiden war –, trat 2004 erstmals eine breite zivilgesellschaftliche Initiative gegen die Demonstration auf den Plan. Im letzten Jahr organisierte schließlich bereits ein Bündnis aus mehr als 20 Organisationen eine »Demokratiemeile« gegen den Aufmarsch; vor der Frauenkirche gab es eine Kerzeninstallation, die die Worte »Diese Stadt hat Nazis satt« zeigte; Ordnungsbürgermeister Sittel (CDU) rief die Bürger dazu auf, Naziaufmärsche gemeinsam und »konsequent« zu verhindern; ein Repräsentant der DGB-Jugend erklärte, dass dem »braunen Mob« nicht die Straße überlassen werden dürfe; und Vertreter der Kirchen, der PDS, der SPD und der Grünen beteiligten sich an einer Straßenblockade. Nur zwei Wochen nach dem 13. Februar stellte die Staatsanwaltschaft schließlich die Ermittlungsverfahren gegen Teilnehmer dieser Blockade ein. Die Begründung: Es bestehe kein öffentliches Interesse an einer Strafverfolgung.

Aus dem eindimensionalen Gedenkereignis »13. Februar« ist damit ein mehrdimensionaler Erinnerungskomplex geworden. Am 13. Februar thematisiert die neue deutsche *moral majority* – diejenigen, die »wegen Auschwitz« mehr Verantwortung für Deutschland fordern, die »aus der Geschichte gelernt« haben und aus diesem Grund Antimperialismus auf der Höhe der Zeit betreiben, das Weltenübel in den USA und Israel sehen, Kulturen schützen wollen und gegen die Nazis mit einer Waschwangrhetorik auftreten, die sich nicht sonderlich von der der Kameraden unterscheidet – zunächst ihre Vergangenheit, indem sie auf die deutschen Verbrechen und die Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik verweist. In einem zweiten Schritt wird auf symbolischer Ebene der Bruch mit dieser Vergangenheit demonstriert. Hierfür ist kaum etwas besser geeignet als der Kampf gegen die »Unbelehrbaren« und »Ewiggestrigen«, gegen den Kostümverein also, dessen Mitglieder am 13. Februar mit schwarzen Fahnen, Fackeln und Phantasieuniformen durch Dresden ziehen. Mit den Aktivitäten gegen die, wie es der sächsische Ministerpräsident Milbradt so schön formulierte, »geistigen Nachfolger der Verursacher des Krieges« kann nicht nur der Bruch mit der Vergangenheit demonstriert werden. Sie bieten zugleich die Möglichkeit, eine neue

Traditionslinie aufzumachen. Am 13. Februar 2005 ernannten sich dementsprechend tausende Dresdner zu den Nachfolgern der Geschwister Scholl und liefen aus Protest gegen den Naziaufmarsch mit weißen Plastikrosen aus Sebnitz durch die Stadt.

Aus dieser nachträglichen (Selbst-)Entnazifizierung, dem offensiven Umgang mit der deutschen Geschichte und dem Bekenntnis zu Auschwitz leitet das neue Deutschland schließlich das Recht ab, auch der »deutschen Opfer« des Zweiten Weltkrieges zu gedenken. Die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gegen den Naziaufmarsch sind damit nicht nur das vormittägliche Fakultativprogramm zum Kerzenhalten an der Frauenkirche. Ebenso wie die Verweise auf die deportierten Dresdner Juden und die deutsche Schuld sind sie inzwischen die zentrale Voraussetzung des neuen Gedenkereignisses »13. Februar«. Gäbe es den Naziaufmarsch nicht, er müsste von der Zivilgesellschaft erfunden werden.

Antifa: mittendrin statt nur dabei

In dieser Situation haben die mobilisierenden Antifa-Gruppen all das vergessen, was ihnen das Leipziger *BgR*, dem man angesichts der verbliebenen Aktiv-Antifa vielleicht doch hinterhertrauern sollte, einmal mühselig über staatlich-zivilgesellschaftliche Anti-Nazi-Kampagnen erklärt hat. Sie hatten an den letzten Jahrestagen der Bombardierung nichts Besseres zu tun, als ihren – natürlich kritischen – Beitrag zur großen Dresden-bleibt-sauber-Aktion zu leisten. Im Jahr 2006, so verkündete das *Antifa-Bündnis 13. Februar* vor kurzem stolz im Stile des regionalen Tourismusverbandes, konnten die Nazis wenigstens daran gehindert werden, den »barocken Teil der Innenstadt« (O-Ton!) zu betreten. Zumindest die Frauenkirche und das Grüne Gewölbe konnten also vor den Nazis geschützt werden. An diesen Erfolg sollte in diesem Jahr angeknüpft werden: »Jedes Jahr«, so wurde auf der Homepage des Bündnisses erklärt, »ein Stückchen mehr – bis die Nazis nie wieder zum 13. Februar in Dresden laufen können!« Stand im Zentrum der Antifa-Aktivitäten zum 13. Februar bis vor einigen Jahren noch die Störung der offiziellen Gedenkveranstaltungen, wird nun also auch hier alternativer Verfassungsschutz betrieben. Angesichts des 13. Februars fiel den organisierenden Antifa-Gruppen nicht mehr die »Monster-Mob-Scheisse« ein, von der vor einigen Jahren noch die Rede war. Auf der Startseite der Mobilisierungshomepage wurde vielmehr fast ausschließlich von »Nazis«, »Freien Kräften«, dem »Nazi-Grossaufmarsch« und der »Nazi-Mobi« gesprochen. Ziel der letzten Antifa-Demonstrationen war es dementsprechend nicht mehr, eines der wichtigsten nationalen Selbstfindungsrituale zu stören, sondern, wie auf der Homepage des Bündnisses erklärt wurde, »den Nazi-Grossaufmarsch zu verhindern«. Die Nazis sollten »keinen Meter gehen«, sie sollten »nicht durchkommen« (»no pasaran!«), der Aufmarsch sollte »mit allen Mitteln« verhindert werden. Mit solchen Aussagen, die kaum noch von den Forderungen des Ordnungsbürgermeisters und der DGB-Jugend zu unterscheiden waren, reihte sich das Bündnis in die große Front der anständigen Dresdner ein.

Da die Mitglieder des Antifa-Bündnisses vermutlich um den affirmativen Charakter ihrer Aktivitäten wussten – immerhin dürften sie sich die *Mob-Action*-Jacke mit Sechzehn nicht nur angezogen haben, um gegen »Naziläden«, »Nazis in den Parlamenten« und Nazis an der

Tankstelle Döbeln Nord vorzugehen –, bemühten sie sich in einem Textabschnitt ihres Demo-Aufrufes doch noch um Abgrenzung zur offiziellen Politik der Stadt. Diese Abgrenzung wollte allerdings nicht so recht gelingen. So wurde zwar durchaus richtig darauf verwiesen, dass sich das Gedenken inzwischen auch in Dresden verändert hat: »Im Bild der Stadt Dresden, wie auch im Rahmen der Erinnerungspolitik der Berliner Republik ist mittlerweile eine Interpretation etabliert, welche eine deutsche Schuld explizit einräumt.« Die Deutung dieser Entwicklung beschränkte sich allerdings auf drei Sätze. Die Singularität des Holocaust, so lautete die zentrale Aussage, werde »verwaschen«, um »eine Normalisierung im Umgang mit Deutschland in Europa und dem Rest der Welt zu erleichtern«. Dieser Satz ist weder richtig noch falsch. Zwar wird im Rahmen der neuen deutschen Erinnerungspolitik tatsächlich von Zeit zu Zeit eine Relativierung der deutschen Verbrechen betrieben; die deutsche Begründung des Kosovo-Krieges war in der Tat, wie Überlebende des Holocaust seinerzeit erklärten, eine »neue Form der Auschwitz-Lüge«. Diese Relativierung ist allerdings lediglich das, was im Wissenschaftsbetrieb als nicht-intendierte Folge bezeichnet wird; sie verdeutlicht die Aporien und die »prinzipielle Ausweglosigkeit eines deutschen Nationalismus nach Auschwitz« (Wolfgang Pohrt). Kernstück der derzeitigen Erinnerungspolitik ist nicht die Relativierung der deutschen Verbrechen, sondern das Gegenteil: das Bekenntnis zur Singularität von Auschwitz. Der »historisch beispiellose Mord an Millionen von Menschen«, als den inzwischen auch Angela Merkel den Holocaust bezeichnet, ist die Voraussetzung für die »historisch beispiellose« Aufarbeitung der Geschichte, aus der das neue Deutschland seinen Geltungsdrang zieht.

Wenn die mehr als zehn Antifa-Gruppen, die ihren Vereinsnamen in diesem Jahr unter den Aufruf des *Bündnisses 13. Februar* gesetzt haben, diese Veränderungen weitgehend ignorieren, dürfte das mehr als ein Zufall sein. Die stiefmütterliche Behandlung der aktuellen Gedenkkultur liegt durchaus in der Logik einer Antifa-Praxis, die seit den neunziger Jahren nach dem Motto *copy and paste* verfährt. Hätten die Autoren des Aufrufes der neuen deutschen Erinnerungspolitik mehr als drei Sätze gewidmet, wären sie nämlich nicht umhin gekommen, auch den staatstragenden Charakter des Antifaschismus zu thematisieren. Sie hätten darauf verweisen müssen, dass eine nationale Identität, die auf dem Bekenntnis zur Vergangenheit und dem regelmäßig demonstrierten Bruch mit ihr basiert, im innenpolitischen Rahmen zwangsläufig vom Kampf gegen die neuen Nazis sekundiert werden muss. Mit dieser Aussage hätten sie allerdings das eigene Hantieren – und damit zugleich den eigenen Umzug am 13. Februar – in Frage stellen müssen.

Da die Antifa-Gruppen, die weiterhin zur Nazijagd nach Dresden mobilisieren, hierzu entweder nicht willens oder nicht fähig sind, bleibt ihnen bei ihren Distinktionsbemühungen nichts anderes übrig, als das zu tun, wozu auch andere Traditionsantifaschisten gezwungen sind, die ihrem Hobby nur dann in Ruhe nachgehen können, wenn es weltanschaulich überhöht wird: Sie müssen Leichenfledderei betreiben und tote Hunde zum Gegner erklären. Das *Bündnis 13. Februar* reaktivierte für den diesjährigen Aufruf daher noch einmal die relativistische Totalitarismustheorie, kramte Ernst Nolte hervor, der im Wissenschaftsbetrieb nach wie vor als *persona non grata* gilt, und arbeitete sich am vollkommen bedeutungslosen Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung ab. Diese Abgrenzung ist so ehrenwert wie

sinnlos; die Bundesrepublik, in der die Mitarbeiter des Instituts zu intellektuellen Wortführern hätten werden können und Figuren wie Nolte als wissenschaftliche Größe galten, ist längst nicht mehr existent.

Vor dem Hintergrund der Nazifizierung der Antifa-Demonstration wäre jedoch wohl auch jede andere Form von Abgrenzung nur Staffage gewesen. So ist die Zivilgesellschaft bei ihrem Kampf gegen Nazis durchaus in der Lage, auch kritische Stimmen zu integrieren. Denn: Wo klassische Anti-Nazi-Arbeit Regierungspolitik ist, ist das öffentliche Abgrenzungsbedürfnis nicht besonders groß. So wurden die Antifa-Demonstration am 13. Februar des letzten Jahres sowie die Blockade der Dresdner Augustusbrücke, die von Antifa-Aktivisten initiiert wurde, in der Presse kurzerhand dem Bürgerprotest zugeordnet. Die *Lausitzer Rundschau* überschrieb einen Artikel mit »Tausende Dresdner stoppen Neonazi-Aufmarsch«, die *Dresdner Neuesten Nachrichten* erklärten, dass »1.000 Dresdner auf der Augustusbrücke friedlich gegen den rechtsextremen Aufmarsch protestiert« hätten, und die *Sächsische Zeitung* erklärte, »dass sich die Bürger dieser Stadt nicht alles gefallen lassen«. In dieser Situation entblödete sich das *Bündnis 13. Februar* nicht, eine empörte Pressemitteilung zu verschicken, in der das Copyright auf die Blockade angemeldet und beleidigt erklärt wurde, dass nicht die Zivilgesellschaft, sondern die Antifa den Naziaufmarsch gestoppt hätte. Mit diesem Beharren auf dem vermeintlichen Unterschied zwischen Zivilgesellschaft und Aktiv-Antifa, der Feinderklärung an eine Republik, die es nicht mehr gibt, und der Suggestion, dass die Neonazis das größte Problem des 13. Februars seien, betreibt die Antifa damit inzwischen ihren eigenen Dresden-Schwindel.

Anmerkungen

[1] Christoph Beyer stellte im Newsflyer des Leipziger *Conne Island* kürzlich die Vermutung auf, dass hierzulande langfristig eine Entwicklung zu beobachten ist, die entfernt an die Situation in Frankreich erinnert: »In den Zentren schreitet die Herausbildung einer modernen und weltoffenen Republik weiter voran. Hier ist man hip, mag Gerald Asamoah und trägt Schwarz-rot-gold nicht wegen der Vergangenheit, sondern aufgrund der deutschen Vorreiterrolle in Sachen Ökostrom. In der ostdeutschen Peripherie hingegen bildet sich die ländliche Version der Banlieues heraus. In diesen Gegenden, in denen der Staat oft der einzige Arbeit- und Geldgeber ist und das bestimmende Gefühl Langeweile heißt, verbindet sich die Vorstellung, von allen anderen immer nur übervorteilt, reglementiert und betrogen zu werden, mit der Sehnsucht nach der starken Hand, aggressivem Lokalpatriotismus und einem dumpfen Antikapitalismus.«